Nr. 333. 36. Jahrg.

Abend-Ausgabe.

15 Pfennig

Bezugspreis:
Vierteljährl. 9.— Mk., monatl. 3.— Mk. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 3.— Mk. exkl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 6.00 Mk., für das übrige Ausland 10.00 Mk., bei täglich einmal. Zustellung 8.25 Mk. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden u. die Schweiz. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Zeit" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Nonpareillezeile kostet 1.20 Mk. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 50 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 25 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 40 Pfg., jedes weitere Wort 20 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 1.00 Mk. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Mittwoch, den 2. Juli 1919.

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54.

Vertrauensvotum für die Generalkommission

(Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".)

Nürnberg, 2. Juli. Am heutigen dritten Verhandlungstage des Gewerkschaftskongresses gelangte die Vertrauensresolution für die Generalkommission zur Abstimmung. Von 624 Delegierten stimmten 445 mit ja, 170 mit nein. Da aber nach der Geschäftsordnung die Stimmenzahl, welche die einzelnen Delegierten vertreten, den Ausschlag gibt, ist dieses Resultat noch nicht das endgültige. Immerhin kann schon jetzt gesagt werden, daß das Vertrauensvotum mit übergroßer Mehrheit angenommen worden ist. Vom Metallarbeiterverband stimmten 53 Delegierte dafür, 64 dagegen, vom Eisenbahnerverband 13 für und 12 gegen. Eine Reihe anderer Verbände, so Bauarbeiter, Bergarbeiter, Transportarbeiter, Holzarbeiter, Landarbeiter und Buchdrucker stimmten fast geschlossen für das Vertrauensvotum. Auf Grund der Abstimmung wurde der Antrag auf weitere namentliche Abstimmung zurückgezogen.

Der Antrag der Gewerkschaftsvorständekonferenz gegen die wilden Streiks einerseits, gegen den Noskeschen Streikerlaß andererseits wurde ebenfalls mit großer Mehrheit angenommen.

Die Lage in Hamburg.

(Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".) Heute vormittag findet eine Sitzung des Senats mit dem General Lettow-Vorbeck statt.

Kleine Zwischenfälle.

Hamburg, 2. Juli. Aus dem Hauptquartier Lettow-Vorbeck wird uns mitgeteilt: Der Einmarsch der Reichswehrtruppen ist im allgemeinen ruhig verlaufen. Nur einige bedauerliche Zwischenfälle zeigen, daß ein Teil der Bevölkerung den Ernst der ergangenen Warnungen noch nicht überall richtig eingeschätzt hat. Beim Einmarsch in Altona wurde auf die 1. Kompagnie des bayerischen Schützenregiments aus den Fenstern geschossen. Trotz mehrfacher Zurufe und Aufforderungen, von den Fenstern zurückzutreten und die Läden zu schließen, blieben einige Fenster offen. Da das Feuer nicht aufhörte, wurden auf die offenen Fenster einige Schüsse abgegeben. Hierdurch wurde eine Frau durch Bauchschuß und ein Kind durch Schenkelschuß verwundet.

Dem Einmarsch des Freikorps Schleswig-Holstein widersetzte sich bereits am Müllertor eine größere Volksmenge. Um sie zu vertreiben, wurde eine Handgranate vor die Menge geworfen, die den gewünschten Erfolg hatte, ohne jedoch jemand zu verletzen.

Am Schulterblatt stellte sich wiederum eine größere Menschenmenge entgegen. Der Aufforderung, auseinanderzugehen, wurde nicht nachgekommen. Ein Mann rief höhnisch aus: „Ihr schießt ja doch nicht!" Darauf legte ein Soldat auf Befehl auf die Beine des Betreffenden an und gab Feuer. Durch diesen Schuß blieb der Mann und noch ein zweiter liegen. Die Art der Verletzung ist nicht bekannt, da beide sofort durch die Polizei ins Krankenhaus gebracht wurden. Um 5 Uhr nachmittags wurde in das Stabsquartier des Regiments Schelle in der Schanzenstraße vom gegenüberliegenden Hause hineingeschossen. Die Straße wurde gegen jeden Verkehr abgesperrt und nach Waffen durchsucht. Eine große Menschenmasse sammelte sich an, die der Aufforderung, auseinanderzugehen, nicht nachkam. Es wurde von der Waffe Gebrauch gemacht und ein Zivilist durch Fleischschuß am Oberschenkel verwundet.

In allen diesen Fällen trägt die Truppe keine Schuld. Die bedauerlichen Vorfälle werden hoffentlich dazu beitragen, daß die Bevölkerung die rechtlich ergangene Warnung beachtet und sich ihres Ernstes bewußt wird.

Polen selbständiger Staat.

Vertrag mit der Entente.

Paris, 1. Juli. (Havas.) Zwischen den Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan einerseits und Polen andererseits wurde als Bestätigung der Anerkennung Polens als unabhängiger Staat unter Zuteilung von Gebieten des ehemaligen Deutschen Reiches ein Vertrag unterzeichnet, daß Polen diese Gebiete zugesprochen werden. Im ersten Abschnitt dieses Vertrages verpflichtet sich Polen, allen Bewohnern Polens Schutz von Leben und Freiheit zu gewähren. Alle Bewohner Polens werden das Recht haben, jedes Bekenntnis auszuüben, das mit der öffentlichen Ordnung und mit den guten Sitten nicht im Widerspruch steht. Polen erkennt als polnische Staatsangehörige die bisherigen deutschen und österreichisch-ungarischen Staatsangehörigen in Polen an, unter dem Vorbehalt der Bestimmung des Friedensvertrages mit Deutschland und Oesterreich über die Staatsangehörigen, die nach einem bestimmten Tage auf dem in Frage kommenden Gebiete ihren Wohnsitz genommen haben. Diese Bestimmungen werden unter die Bürgschaft des Völkerbundes gestellt. Der ständige Schiedsgerichtshof wird über Meinungsverschiedenheiten entscheiden. Der zweite Abschnitt bezieht sich auf die politische Vertretung und die Zolltarife. Polen wird den Alliierten Transitfreiheit und Meistbegünstigung gewähren, es wird einer gewissen Anzahl internationaler Konventionen betreffend Telegraph, Eisenbahn, Sanitätswesen usw. beitreten. Polen wird den dem Völkerbunde angehörenden Staaten gleiche Rechte und Privilegien gewähren. Es übernimmt die Verantwortung für die russische öffentliche Schuld und für alle anderen finanziellen Verpflichtungen des russischen Staates.

Keine Massenhinrichtungen in Budapest.

Wien, 1. Juli. (Korrbüro.) Die ungarische Gesandtschaft sowie die italienische Militärmission erklären die Blättermeldung von Massenhinrichtungen in Budapest für unbegründet.

Im Gegensatz dazu steht folgende Meldung:

Wien, 2. Juli. Reisende aus Ungarn berichten, daß bei der Niederwerfung des letzten Putsches in Budapest nicht nur Soldaten und Zivilisten, sondern auch halbwüchsige Knaben haufenweise erschossen worden sind. Es waren dies die Zöglinge der Ludovica-Akademie, die sich an der Besetzung der Telephonzentrale beteiligt hatten, vierzehn- oder fünfzehnjährige Knaben. Sie wußten kaum, um was es sich handelte, sondern sie machten den Putsch vor allem deshalb mit, weil man sie in der Militärakademie hatte hungern lassen.

Der Rest der deutschen Flotte.

Heimkehr der Besatzung.

Amsterdam, 2. Juli. Vorgestern abend sind die restlichen Schiffe der deutschen Flotte, die sich noch in Hellevoetsluis befanden, nach Hansweert gebracht worden. Sie werden von englischen Schleppern nach Antwerpen geschleppt werden. Die deutschen Besatzungen sind gestern nach Deutschland zurückgekehrt.

Widerstand gegen den Friedensvertrag.

Die Milch der deutschen Kinder.

Paris, 2 Juli. Aus der Sitzung des Sozialistenkongresses des Seinedepartements ist noch nachzutragen, daß mehrere Redner betonten, der Friedensvertrag diene nur Englands Macht. U. a. wurde die Forderung auf Abgabe von 5000 Milchkühen durch Deutschland beanstandet und eine grundsätzliche Erörterung des Vertrages in der Partei verlangt.

Stockholm, 1. Juli. Wie Branting aus London telegraphiert, werden auch in konservativen englischen Kreisen Stimmen gegen den Friedensvertrag laut. So schreibt Garvin im „Observer": Gewalt mag sie sich nun Militarismus oder Bolschewismus nennen, kann nur ihren eigenen Untergang vorbereiten. Auch in seiner letzten verbesserten Form kann der Friedensvertrag niemals ohne Revision bestehen bleiben. Die Alliierten haben ihren Sieg überkapitalisiert und dadurch alle reaktionären und anarchistischen Kräfte ermutigt.

Bern, 1. Juli. „Journal du Peuple" sagt: Der englische Imperialismus gehe allmächtig aus dem Friedensvertrage hervor. Der Sieg sei ein Verdienst Clemenceaus, der sich einen englischen Verdienstorden verdient habe.

Verteilung deutscher Kolonien.

Amsterdam, 2. Juli. „Telegraaf" meldet aus Paris, daß die Verhandlungen zwischen Simon und Milner über Kamerun und Togo zu einer Einigung zwischen England und Frankreich geführt haben. Die Demarkationslinie bleibt ungefähr so, wie sie im März 1916 festgesetzt wurde. Frankreich erhält die Hauptstadt von Togo, Lome, und vier Fünftel von Kamerun mit Duala und dem ganzen Eisenbahnnetz. Frankreich tritt einen wichtigen Teil von Togo, dessen Einwohner Anschluß an die englische Goldküste suchen, an England ab.

Im Luftschiff über den Ozean. Aus London wird unterm 2. Juli gemeldet: Das Luftschiff R 34 erhielt die Erlaubnis, den geplanten Flug über den Atlantischen Ozean heute nacht anzutreten, wenn die Witterung günstig ist. Die britischen Schlachtschiffe „Tiger" und „Renown" sind im Ozean stationiert, um von verschiedenen Stellen aus an R 34 drahtlos das Wetter zu melden. Sollte sich herausstellen, daß es infolge der Witterungsverhältnisse unmöglich ist, den Flug zu beenden, dann wird R 34 nach seinem Ausgangspunkt zurückkehren, um den Versuch später zu wiederholen. Der Versuch wird jedenfalls heute Nacht unternommen, da beabsichtigt ist, am 4. Juli, dem Unabhängigkeitstag, in Amerika zu sein.

Gegen wen wird gestreikt?

In der Zeit vor dem Kriege, als es so ungemein schwierig war, in weiten Arbeiterschichten den Gedanken der Solidarität zu festigen, als es oft nicht gelang, auch die verelendetsten Massen zu festem Zusammenhalt zu bewegen, damit sie sich gemeinsam aus ihrer schlechten Lage herauskämpften, damals haben wir in dem Streik etwas allgemein Gutes gesehen. Aber an sich ist kein Ding weder gut noch böse, sondern immer erst der Zweck, das Ziel die Wirkung gibt ihm seinen Wert. Wir haben den Streik gelobt und gepriesen nicht um des Streiks willen, sondern weil er die beste Waffe des Proletariats in seinem Befreiungskampf gegen das Kapital war. Und auch nur soweit haben wir in dem Streik etwas Gutes gesehen, insoweit er sich gegen das Kapital richtete, insoweit er den Aufstieg des Proletariats förderte.

Auch schon vor dem Kriege hat es durchaus verurteilenswerte und schädliche Streiks gegeben. Es sei nur hier erinnert an das Mittel, das amerikanische Unternehmer anwandten, um ihre Konkurrenten zu schädigen; sie stifteten die Arbeiter ihres Konkurrenten an, in den Streik zu treten und gaben ihnen gar noch Geld, damit sie recht lange durchhielten. In England entstanden mitunter eigentümliche Verabredungen zwischen Unternehmern und Arbeitern: die Unternehmer bewilligten den Arbeitern höhere Löhne, dafür sollten sich die Arbeiter verpflichten, mit dahin zu wirken, daß die Unternehmer höhere Preise für ihre Produkte erhielten. Ganz ähnliches haben wir in Deutschland während des Krieges erlebt. Den Munitionsfabrikanten wurde als Gewinn ein bestimmter Prozentsatz ihrer Gestehungskosten bewilligt. Die Folge war, daß die Unternehmer garnicht ungern recht hohe Löhne zahlten, denn dadurch wuchsen die Gestehungskosten und damit ihr Gewinn.

In allen diesen Fällen haben wohl einzelne Arbeiterschichten Vorteile errungen, und doch haben wir darin nichts Gutes erblickt. Denn diese Vorteile erhielten die Arbeiter nicht auf Kosten des Kapitalgewinnes, sondern auf Kosten der Allgemeinheit. Denn diese, nicht der Unternehmer, mußten die Kosten der Lohnerhöhung durch gesteigerte Preise aufbringen. Je mehr es sich dabei um Produkte handelt, die zum Bedarf der breiten Masse der Bevölkerung gehören, desto mehr nehmen derartige Lohnerhöhungen die Wirkung indirekter, preisverteuernder Steuern an, die von der breiten Masse zugunsten der einzelnen Schicht aufgebracht werden müssen. Nicht das Kapital zahlt für die Besserstellung des Proletariats, sondern das Proletariat zahlt für das Proletariat. Was dem einen gegeben wird, wird dem anderen genommen. Das Proletariat als Klasse kommt dadurch keinen Schritt vorwärts.

Vor dem Kriege aber waren diese Fälle sehr selten, denn die freie Konkurrenz, die gegen das Ausland offenen Grenzen sorgte dafür, daß die Fabrikanten ihre Waren nicht beliebig verteuern konnten, wenn ihnen die Arbeiterschaft durch einen Streik höhere Löhne abgenötigt hatte. Deshalb traf fast jeder Streik den Kapitalprofit als solchen, er minderte die Rente zugunsten des Arbeitslohnes.

Aber seit dem Kriege haben sich die Verhältnisse gründlich verschoben. Die Grenzen sind gesperrt, die Konkurrenz des Auslands ist vielfach ausgeschaltet. Das Publikum hat sich obendrein so an Preisverteuerungen gewöhnt, daß es durchaus nicht mehr einer Verteuerung seines Bedarfs jenen zähen Widerstand entgegensetzt, der früher auch die kleinste Preissteigerung zu einem großen Risiko für den Geschäftsmann machte. Infolgedessen erleben wir jetzt immer wieder, daß jede Lohnerhöhung sofort in Gestalt höherer Warenpreise auf das Publikum abgewälzt wird, oft genug noch unter reichlicher Abrundung der Preise nach oben hin. Nicht die Unternehmer bringen die höheren Löhne auf, sondern die Masse bringt sie auf durch Verteuerung ihres Bedarfs. Deshalb hat sich, worauf immer wieder hingewiesen werden muß, durch die zahllosen Streiks, trotz aller Lohnerhöhungen die Lage des deutschen Proletariats seit Monaten und Monaten nicht gebessert und sie wird sich auch nicht bessern, solange auf diesem Wege fortgefahren wird.

Besonders sehen wir das bei den jetzigen Verkehrsstreiks. Die Institute, gegen die gestreikt wird, die Eisenbahn und die Straßenbahn haben eine Monopolstellung, sie haben keine Konkurrenz zu fürchten. Infolgedessen brauchte es diesen Instituten garnichts auszumachen, wenn sie ihre Tarife verdoppelten oder verdreifachten. Das Publikum ist

auf Eisenbahn und Straßenbahn angewiesen, es muß zahlen, was ihm von dort diktiert wird. Bekannt ist der Witz von dem Mann, der in Berlin am Schlesischen Bahnhof eine Karte lösen will, die ihm zu teuer erscheint. Er droht entrüstet: „Nun, es gibt ja noch mehr Bahnhöfe in Berlin". Darüber lacht man, weil man weiß, daß der Mann auch an jedem anderen Bahnhof das Gleiche zahlen muß. Was brauchen Eisenbahn und Straßenbahn in ihrem Gewinninteresse Tariferhöhungen zu scheuen? Sie können, wenn sie an nichts weiteres denken, jede Lohnerhöhung bewilligen und schmetternd auf die Tarife schlagen.

Aber eben das Verantwortungsgefühl läßt dies nicht zu. Wer bezahlt denn die höheren Preise der Straßenbahn? Etwa die reichen Leute, die ihr Auto besitzen oder Droschke fahren? Oder ist es nicht die große Masse des Volkes, die auf die Straßenbahn angewiesen ist, darunter Hunderttausende in der gedrücktesten Lage, denen es zum Teil viel elender geht als den Verkehrsarbeitern, man denke an die Kriegerwitwen, an die erwerbslosen Kriegsbeschädigten, an die Alters- und Invalidenrentner, an die Arbeiter in schlecht entlohnten Berufen usw. Für einen Kriegsbeschädigten, der täglich von und zu irgendeiner schlecht entlohnten Beschäftigung fahren muß, bedeutet schon die jetzige Verteuerung der Straßenbahn eine jährliche Steuer von 45 M. Eine weitere Verteuerung des Fahrpreises um nur 5 Pf. würde ihn weiter mit 30 M. im Jahre belasten.

Solche Erwägungen müssen uns hindern, kritiklos jeden Streik gutzuheißen. Immer müssen wir uns fragen: Gegen wen wird gestreikt? In diesem Falle ist es die Allgemeinheit, die bestreikt wird, sie wäre es sogar auch, wenn Eisenbahn und Straßenbahn die Lohnerhöhung selbst tragen müßten und könnten: denn die Eisenbahn gehört der Allgemeinheit und die Straßenbahn ist im Begriff, in ihre Hände überzugehen. Immer wieder erheben wir die Mahnung: Bitte, zeigt uns doch den Kapitalisten, der durch diese Streiks geschädigt wird!

Aber wie wird die Masse des Volks getroffen! Nicht nur durch die höheren Fahrpreise, sondern durch die allgemeine Verwirrung und Zerrüttung des Wirtschaftslebens. Tausende können nicht an ihre Arbeitsstätte gelangen und verlieren ihren Lohn, Hunderttausende kommen um die kärglichen Lebensmittel, die bisher die Eisenbahn nach Berlin hereingerollt hat. Die Armen und Aermsten sind auf der ganzen Linie die Leidtragenden.

Die Arbeiterbewegung beruht auf dem Gedanken der Solidarität des ganzen Proletariats. Ihre Aufgabe ist es nicht, einen Teil auf Kosten der übrigen Masse besser zu stellen. Wenn heute gewisse Leute in der bloßen Tatsache des Streiks etwas Sakrosanktes sehen, ein unantastbares Heiligtum, wovon niemand rühren darf, so ist zu fürchten, daß solche blinden Streikschwärmer, wenn man ihnen auch heute sämtliche Betriebe Deutschlands sozialisiert übergeben würde, sie morgen zu Tode gestreikt hätten. Aber weite Kreise von Neubekehrten, darunter gerade auch die, die sich jetzt am radikalsten gebärden, haben vom Sozialismus noch nicht mehr begriffen, als daß der Streik ein Mittel zur Erzielung höherer Löhne ist. Daß er eine Kampfwaffe gegen den Kapitalismus ist, die nur gerechtfertigt ist, wenn sie die Lage der Arbeiter auf Kosten des Kapitalzinses verbessert, sonst aber nicht, das muß ihnen begreiflich gemacht werden. Denn wenn sie es nicht begreifen, dann ist es um die Zukunft des Sozialismus in Deutschland geschehen.

Der Großberliner Verkehrsstreik.

Der Groß-Berliner Verkehrsstreik ist, nachdem nun auch die Omnibusangestellten sich demselben angeschlossen haben, allgemein. Die gestern noch zur Verfügung stehende Verkehrsmöglichkeit durch die Omnibusse zeigte durch ihre Unzulänglichkeit, dem vorhandenen Bedürfnis auch nur in bescheidenstem Maße zu genügen, ja, auch nur die ganze Größe der Kalamität, die durch den Verkehrsstreik erneut heraufbeschworen worden ist. Von ihr wird in erster Linie die unbemittelte Bevölkerung betroffen, der es von vornherein unmöglich ist, sich der teueren Verkehrsvehikel zu bedienen. Die Droschkenautos und Pferdedroschken sind nur gegen allerhöchste Preise zu haben. Daneben hat sich in steigendem Maße ein „wilder" Fuhrwerksbesitzer entwickelt, der von Polizeibeamten in bezug auf die Zu- und Abfuhr von den bestimmten „Stationen" in geordnete Bahnen gelenkt wird. So hilft sich alles, was die weiten Wege nicht per „Beene" zu machen gewillt ist, mit dem, was nun gerade zur Verfügung steht.

Der Allgemeine Eisenbahner-Verband und der Streik.

Uns wird berichtet: Der Bezirk Berlin des Allgemeinen Eisenbahner-Verbandes hatte am Dienstag abend im Wilhelmshof seine Funktionäre zu einer Vertrauensmännerversammlung zusammenberufen, in der man nochmals zum Streik Stellung nehmen wollte. Der Vorsitzende Boruwitsch mahnte die Erschienenen zur Besonnenheit und Sachlichkeit und erteilte sodann dem Redakteur Radtke das Wort, der in längeren Ausführungen ein Stimmungsbild des jetzigen Streiks entwarf und die **rein politischen Zwecke** desselben **unter allgemeiner Zustimmung nachwies.** Die Grundstimmung der Versammlung war, wie aus den Worten der einzelnen Diskussionsredner zu ersehen war, friedlich. Auf die Teuerungszulage könne man nicht verzichten. **Aber der Streik, der nur auf den Sturz der Regierung hinziele, sei nicht das richtige Mittel, um diese Forderungen durchzusetzen.** Statt des „Noskeschen Erlasses" hätte man ein Schild aushängen sollen mit der Inschrift: „Arbeitslose werden eingestellt!" Ein Redner äußerte: Es ist schon so viel Gesindel in den Betrieben, daß die weitere Einstellung nicht mehr schaden kann. Bemerkenswert waren auch die Ausführungen eines Redners über den Abgeordneten Paul Hoffmann, dem die Hauptschuld an dem jetzigen Putsch beizumessen sei. „Dieser Herr Hoffmann," führte der Redner aus, „der jetzt zu den Eisenbahnern sagt: Eure Forderungen sind gerecht und erfüllbar, nur die Regierung will sie nicht erfüllen, war vor einigen Monaten noch ganz anderer Meinung. Am 6. Dezember vorigen Jahres rief er anläßlich einer Versammlung während des Lohnstreiks auf der Treptower Wiese den Eisenbahnarbeitern zu: **„Eure Forderungen sind unerfüllbar, wir können beim besten Willen nichts geben." Die Versammlung habe Hoffmann damals mit Redensarten beschimpft wie: „Du Spitzbube, du hast wohl die Taschen schon voll?"** Herr **Hoffmann** habe damals aber nur aus dem Grunde eine vernünftige Ansicht gehabt, weil er **selbst im Ministerium saß.**

Auch die Worte des Abgeordneten Otto Hoffmann (Dem.), der die Eisenbahner bat, alle folgenden Schritte ruhig und besonnen zu überlegen, fanden einmütigen Beifall. Zum Schlusse zeigte die Versammlung eine ernstlich vernünftige Stimmung, und man **beschloß einstimmig, mit allen Mitteln zu versuchen, die Arbeit am Mittwoch früh wiederaufzunehmen.**

Eine verbotene Eisenbahner-Versammlung.

Die Funktionäre des Deutschen Eisenbahner-Verbandes hatten zum heutigen Mittwoch nachmittag eine große Versammlung nach der Spielwiese im Treptower Park einberufen. In dieser Versammlung sollte über die Fortdauer des Streiks beraten werden. Man hatte auch bereits von der Streikleitung der Verkehrsangestellten die Zusage erhalten, daß Redner der einzelnen Verkehrsinstitute in Ansprachen die Eisenbahner zur Solidarität aufrufen wollten, um die unter den Eisenbahnern wankend gewordene Stimmung wieder zu festigen. Reichswehrminister Noske hat jedoch den Eisenbahnern mitgeteilt, daß er die Abhaltung dieser Versammlung unter keinen Umständen dulden könne.

Abstimmung über die Aufhebung des Streiks.

Am heutigen Morgen fanden sich infolge des Erlasses des Ministers Oeser fast alle alten Arbeiter und Angestellten der Werkstätten in den Betrieben ein, um die Arbeit wieder aufzunehmen, da sie durch Verharren im Streik nicht ihre Pensionsansprüche aufgeben wollen. Die Zahl der Arbeitswilligen war so erheblich, daß die Streikposten zurückgezogen wurden. Dafür sandte die Streikleitung in jeden Betrieb Vertreter, um noch einmal die Abtrünnigen zur Solidarität zu ermahnen. Die Aussicht der Streikenden drang heute jedoch nicht wie sonst widerspruchslos durch. Es sprachen sowohl Arbeiter wie Beamte, die für die Beendigung des Streiks eintraten. Man könne ohne finanzielle Beihilfe nicht mehr wochenlang im Streik verharren, zumal der Deutsche Eisenbahnerverband oder die Streikleitung nicht in der Lage seien, Beihilfen zu gewähren. Es wurde schließlich der Beschluß gefaßt, daß **nachmittags in allen Betrieben eine neue geheime Abstimmung stattfinden soll, die über das Schicksal des Streiks entscheiden wird.** Nach der augenblicklich herrschenden Stimmung zu urteilen, ist damit zu rechnen, daß in den allermeisten Betrieben am Donnerstag morgen die Arbeit wieder aufgenommen werden wird.

Die Verkehrsangestellten gegen die Aushilfsfuhrwerke.

Nachdem gestern nachmittag durch die Arbeitsniederlegung der Omnibusangestellten der Berliner Verkehr restlos lahmgelegt worden ist, versuchten die Streikenden „offiziell" die Aushilfswagen von der Straße verschwinden zu lassen. Eine Kommission der Streikleitung begab sich heute zum Polizeipräsidenten Ernst und richtete an diesen die Aufforderung, die Aushilfswagen durch Erlaß zu verbieten. Die Streikenden motivierten ihre Forderung damit, daß gestern bereits Zusammenstöße zwischen Ausständigen und Fuhrwerksbesitzern vorgekommen wären. Der Polizeipräsident erklärte der Streikleitung, daß ein Verbot der Aushilfswagen vollkommen unmöglich sei, und daß er durch die Streikleitung an alle Streikenden nochmals die Mahnung richte, ruhig und besonnen zu bleiben, da jede Ausschreitung geahndet und Sorge getragen werden würde, daß der Verkehr in seiner jetzigen Form sich ungehindert abwickeln kann.

Das Straßenbild.

Der Fuhrwerksverkehr hat im Innern der Stadt gegen gestern erheblich zugenommen, doch fahren nach den Außenbezirken — Wedding, Schönhauser Allee, Lichtenberg — nur noch sehr wenig Wagen, da unter den Fuhrwerkshaltern die Furcht herrscht, sie könnten dort tätlich angegriffen werden. Zu einem Zusammenstoß kam es auch heute vormittag in der Schönhauser Allee. Es wurde dort bei einem solchen Fuhrwerk das Geschirre durchgeschnitten und der Besitzer mit Tätlichkeiten gedroht. Erst das Eingreifen von Polizeibeamten verhinderte weitere Ausschreitungen. Um für Ruhe und Ordnung zu sorgen, durchziehen den Norden und Osten der Stadt berittene Schutzmannspatrouillen.

Teilweise bilden sich wieder auf einigen Plätzen einzelne politisierende Gruppen, in denen gegen die Truppen und gegen die Regierung gehetzt wird. Das Polizeipräsidium ist entsprechend stark befestigt worden. Sämtliche Eingänge sind stark bewacht und mit Drahtverhau geschützt. Zu Zwischenfällen ist es bisher nicht gekommen.

Als Staatsrat sprach ich anders.

Nochmals Paul Hoffmann und die Eisenbahner.

Aus Eisenbahnerkreisen schreibt man uns:

Wenn der U. S. P.-Landtagsabgeordnete Paul Hoffmann in der Zirkus-Busch-Versammlung so tapfer auf die Mehrheitssozialisten und Gewerkschaftsführer — schimpfte, so ist es notwendig, festzustellen, daß vor einem halben Jahre es anders war. Anfang Dezember, wie die Eisenbahner aus den Werkstätten gingen und sich auf der Spielwiese in Treptow versammelten, um endlich eine Besserstellung zu erzwingen, da war es — Paul Hoffmann, der in Treptow alles aufbot, die Eisenbahner zu beruhigen und klar zu machen suchte, daß die Forderungen — die wirklich notwendig waren — **nicht zu erfüllen** seien. Allerdings fühlte Hoffmann sich damals als **Beigeordneter im Ministerium** verantwortlich. Jetzt hat Hoffmann wohl wenig Hoffnung, wieder eine gewisse Verantwortung zu tragen, und glaubt so, seinen Agitationsgaul reiten zu können.

Wenn die Menschheit nicht so vergeßlich wäre, dann müßten sich die Eisenbahner fragen: „Was hat Hoffmann damals im Ministerium in leitender Stelle getan?" Antwort: Für die Eisenbahner nichts. Das soll kein Vorwurf sein, denn nur ein Narr gibt mehr als er hat. Hoffmann kann eben keine praktische Arbeit leisten. Da ist doch der frühere unabhängige preußische Finanzminister Simon ein anderer Mensch. Der hat damals den Ruin vorausgesagt und behauptet heute eben aus Agitationsgründen nicht, daß es möglich sei, die finanziellen Wünsche der Eisenbahner zu erfüllen. Mit Schaudern muß man nur immer wahrnehmen, daß leider, leider ein Teil der Masse dem zujubelt, der radikale Reden hält, ohne zu überlegen, ob jemand auf Grund seiner früheren Tätigkeit geeignet ist, wirklich Führer zu sein. Sonst wäre es nicht möglich, einem Paul Hoffmann zuzujubeln.

Leutnant Vogel in Holland interniert. Der holländische Minister des Innern erklärte nach einer Interpellation in der Kammer, daß Leutnant Vogel in Holland interniert sei. (SR.)

Das Lied vom braven Mann.

Von Hans Bauer.

In Dipfelsfing gab es seit alters her zwei Parteien.

Die bürgerliche und die sozialdemokratische.

Und in Dipfelsfing gab es seit alters her den Kasimir Woyrosch, Müller seines deutlichen Zeichens.

Genommen Kasimir Woyrosch schoren an sich weder die Bürgerlichen noch die Sozialdemokraten.

Den Kasimir Woyrosch kümmerte nur die Mühlbachbrückenangelegenheit. Würde nämlich das Projekt des Baues einer Brücke unmittelbar unterhalb des Mühlengehöftes ausgeführt, hätte das einen wesentlichen Vorteil für den Woyrosch bedeutet. Nicht nur vermehrte Bequemlichkeit hätte er davon gehabt, sondern auch erheblichen geschäftlichen Vorteil, weil die Teuchernschen Bauern wohl dann nicht mehr ihr Zeugs runter zum Theissenschen Müller geschafft hätten, wenn durch die Brücke eine direkte Verbindung von seinem Gehöft nach Teuchern geschaffen worden wäre.

Aber die Sozialdemokratischen wollten von der Sache nichts wissen. Ging also der Woyrosch zu den Bürgerlichen. Und wählte bürgerlich. Im Jahre 1900. Im Jahre 1903. Im Jahre 1906.

Im Jahre 1907 wechselte der Vorstand bei den Bürgerlichen und mit dem die Gesinnung bezüglich des Brückenprojektes. Auch die Bürgerlichen wollten nun nicht mehr an die Sache heran. Es koste eben doch sehr viel Geld und jetzt, wo man soviel andere Ausgaben habe, nein, jetzt müsse man nur wirklich Dringliches in Angriff nehmen.

Woyrosch wählte trotzdem 1909 bürgerlich. Auch 1912. Auch 1913.

1916 vollzog sich bei den Sozialdemokraten eine Schwenkung. In Teuchern hatte der Bergbau zugenommen und damit die Beschäftigung Dipfelsfingscher Arbeiter auf den dortigen Schachtanlagen. Um ihnen den Weg zu verkürzen, beschlossen die Sozialdemokraten für den Bau der Brücke einzutreten.

Woyrosch wählte 1918 trotzdem bürgerlich.

Eigentlich sei er ja überhaupt Sozialdemokrat. Und er sei damals nur und allein wegen der Brückenangelegenheit zu den Bürgerlichen gegangen, deren Steuerpolitik er freilich immer für eine verkehrte gehalten habe.

Aber wenn man nun schon so lange bei der Partei sei . . .

Das Theater der 20 000 Proletarier.

Während in Berlin das Theater der 5000 gebaut wird, tragen sich in Paris kühne Menschen und Volksfreunde mit dem Plan, riesige Schaubuden aufzurichten, die an einem Abend einen mächtigen Teil des Großstadtproletariats aufnehmen können. Es handelt sich um nichts Geringeres als mächtige Theater, in denen zugleich 20 000 Menschen Platz finden sollen. Vorläufig ruht dieser Plan noch in den Gedanken der Theaterleute und Volksführer. Es scheint aber, daß man bald Mittel und Wege haben wird, um den beinahe phantastischen Traum dieses gewaltigen Zukunftstheaters zu verwirklichen.

Gémier, der bekannte Theatermann, hat schon vor der Oeffentlichkeit von seinem Entwurf gesprochen. Paris selber wird kaum ein solches Riesengebäude, ein überdachtes Amphitheater, das nicht den Unbilden der Witterung ausgesetzt werden darf, beherbergen. Aber bald wird ja irgendwie Weltenfrieden sein, und dann werden auch die Militärs erlauben, daß man die Befestigungen von Paris schleift. Und an den ungebindeten Eingängen der französischen Hauptstadt, im Norden, im Süden, im Osten und im Westen, an jeder Ecke, soll eines der Theater für die 20 000 Proletarier stehen. Es soll stehen inmitten von Erholungsplätzen, auf denen sich der feiernde Handwerksmann den Körper stählen und erfrischen darf. Es soll stehen inmitten von blühenden Gärten und Kleinsiedelungen, die auch dem Arbeiter ein Leben in freier Natur gestatten.

Natürlich darf das neue Riesentheater keine hohen Eintrittspreise erheben. Natürlich darf es keinen Spielplan pflegen, der nur eine Nachahmung der winzigen Geschäftstheater ist. Man träumt von einem internationalen Theater, genau so wie man von internationalen Arbeiterbündnissen träumt. Man will, Kunstfreunde und Arbeiter in fruchtbarer Einigkeit, die Dichter der ganzen eWlt einladen, daß sie für das internationale Riesentheater schreiben. Einmal im Jahr soll ein Gedächtnisfest an den Weltkrieg begangen werden. Aber es soll ein Fest sein, das nur den Abscheu gegen den Krieg für alle Zeiten lehrt. Die Baumeister, die Maler, die Maurer und Eiseningenieure, all die Handwerkergruppen, die in Gewerkschaften zusammengeschlossen sind, sollen sich aus eigener Kraft zusammentun, um das neue Welttheater zu erbauen. Die Verwaltung darf keiner Gesellschaft ausgeliefert werden, die nur auf ihren engen Vorteil sieht. Die Arbeiter sollen allein das Haus verwalten, das ihnen gehört. Man will dort Musik und Schauspiel reden lassen, man will auch das Lichtbild benutzen, damit es der Aufklärung und Belehrung und nicht mehr jener Volksverblödung dient, die heute allgemein von den Kinematographen betrieben wird.

Das ist fürwahr ein wunderschöner Traum. Jetzt fehlt nur noch, daß der weiter schwälende Haß zwischen den Völkern verschwindet, damit ein Stück dieses Zukunftsparadieses verwirklicht wird.

mh.

Feldfrüchte unter elektrischer Bestrahlung.

Längst weiß man, daß Bestrahlung mit hochgespanntem Gleichstrom die Entwicklung der Feldfrüchte beschleunigt. In England angestellte Versuche wurden sehr verbessert; das Verfahren hat sich bei Weizen, Hafer, Gerste, Kartoffeln, Runkelrüben, Tomaten, Erdbeeren u. a. sehr gut bewährt. Die elektrisch behandelten Pflanzen sind durchweg höher und kräftiger, als die unbestrahlten. E. W. Kallotz berichtet eingehend über die neueste in England gebräuchliche Anordnung in der „Umschau" (Frankfurt am Main).

In Abständen von 11 Meter werden dünne Drähte an Stangen von 5½ Meter Höhe netzartig über das Feld gespannt. Dem Drahtnetz wird hochgespannter Gleichstrom von 60 000 bis 100 000 Volt Spannung, aber von geringer Stromstärke, zugeführt. Die Kosten der Einrichtung sind sehr niedrig (bei großen Feldern 10 bis 12½ Pf. pro Hektar). Die Steigerung des Wachstums ist bei den einzelnen Fruchtarten verschieden. Bei Gurken wurden 17 Proz., bei Erdbeeren 36—80 Proz., bei Mohrrüben 50 Proz., bei Hafer bezügl. des Korns 49 Proz., bei Haferstroh bis zu 85 Prozent festgestellt.

Die großen Vorteile, welche die elektrische Behandlung der Felder bietet, sollte auch Deutschland mit seiner hochentwickelten Elektrotechnik sich schleunigst zunutze machen.

Notizen.

— Ein Bildungsparlament. In den „Annalen für Soziale Politik und Gesetzgebung" fordert Paul Natorp ein Bildungsparlament, in dem die Vertreter aller Zweige und Richtungen der nationalen Bildung zu sitzen hätten von den Hochschulen bis zu den Kinderhorten, Vertreter der Jugendverbände, der vielbundartigen Vereinigungen, der Volkshygiene, der Bodenreform, der Künste, der religiösen Ordnungen. Ein solches Sachverständigenparlament würde durch das bloße Gewicht seiner sachkundigen Beratungen und Gutachten ganz ohne Zwang von höchstem Einfluß auf das Parteienparlament sein. Zumal, wenn sich eigene Sachverständigenvertretungen für die wirtschaftlichen und für die politischen Angelegenheiten (Verwaltung, Rechtsprechung und Verwandtes) ihm zur Seite stellten. Völlige Unabhängigkeit des Bildungsparlaments von jeder sachfremden wirtschaftlichen und politischen Gewalt sei natürlich erster Grundsatz.

— Vorträge. Auf Veranlassung des Akademisch-Sozialen Ausschusses an der Universität Berlin spricht Prof. Gottfried Naumann am 4. Juli, abends 7 Uhr, im Hörsaal 29 über das Thema „Männergemeinschaft über den Klassen".

— Die Waldspiele auf dem Grauhausberge beginnen am Sonntag, nachmittags 5 Uhr, mit der Aufführung von Anzengrubers „Pfarrer von Kirchfeld".

— Heinrich Lautensacks „Pfarrhauskomödie" kam im Münchner Schauspielhaus zur Uraufführung. Sie stammt aus der Frühzeit des Dichters. Die intime Welt eines oberbayrischen Pfarrhauses, die Beziehungen zwischen Pfarrer, Kooperator und Köchinnen sind weniger komödienhaft als mit tiefem menschlichem Gefühl gestaltet. Prachtvoll ist die erdhaft saftige Menschendarstellung Lautensacks. Des Dichters früher Zusammenbruch, verursacht von den Ueberanstrengungen im Kampf um die materielle Sicherung seiner Existenz, kommt auf das Schuldkonto der Zensur, die allen seinen Werken die Bühne verschloß.

— Die phatographierte Luft. Dem Flugdienst der amerikanischen Armee ist es gelungen, kinematographische Aufnahmen der Luftbewegungen zu machen, die durch ein im Fluge befindliches Flugzeug hervorgerufen werden. Der Kampf zwischen der aufsteigenden Kraft und dem Gesetz der Schwere wird auf diese Weise bildlich vor Augen geführt; die daraus hervorgehenden Erfahrungen können vielleicht Einfluß auf den Bau der künftigen Flugzeuge nehmen.

den sei, und es ist daran der schwere Vorwurf geknüpft worden, als ob den Maßnahmen der Behörde dem Emonts gegenüber kapitalistische Motive zugrunde lägen. Davon kann natürlich in Wirklichkeit gar keine Rede sein.

Die Angelegenheit verhält sich vielmehr folgendermaßen:

Bei der Aushebung eines kommunistischen Bureaus war den Strafverfolgungsbehörden vor einiger Zeit ein Brief in die Hände gefallen, der an ein weibliches Mitglied der Zentrale der Kommunistischen Partei gerichtet und mit „E." unterzeichnet war.

Weitere Ermittlungen ergaben, daß der Schreiber dieses Briefes ein gewisser Emonts, Berlin, Flensburger Straße 12 wohnhaft, war. Daß, wie sich erst später ergab, dieser Emonts mit dem Bankbeamtenführer gleichen Namens personengleich war, war der mit der Angelegenheit befaßten Staatsanwaltschaft damals überhaupt nicht bekannt. In dem erwähnten Briefe schilderte der Schreiber seine umfangreiche Propagandatätigkeit im Dienste der kommunistischen Bewegung, und es ergab sich aus seinen Ausführungen unzweifelhaft, daß er für die Ausbreitung des Bolschewismus, für den Sturz der gegenwärtigen Regierung, die Einführung der Diktatur des Proletariats und die Aufreizung der Massen zur Weltrevolution tätig war. Um seine Propagandatätigkeit noch umfangreicher zu gestalten, erbat er in dem Briefe von der Zentrale der Kommunistischen Partei die Zuwendung größerer Geldmittel.

Da die Tätigkeit des Briefschreibers den Tatbestand verschiedener strafbarer Handlungen erfüllte, erging darauf am 18. Juni 1919 eine Verfügung der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht I an das Polizeipräsidium, in der dieses angewiesen wurde, den Emonts sofort zu verhaften und der Staatsanwaltschaft vorzuführen. Diese Verfügung ist von der Kriminalpolizei am 30. Juni 1919 ausgeführt worden.

Hieraus ergibt sich zur Genüge, daß die Verhaftung des Emonts mit seiner Tätigkeit in der Bankbeamtenbewegung nicht das Geringste zu tun hat, daß sie insbesondere in gar keiner Beziehung steht zu der von ihm kürzlich in Sachen der Bankbeamtenbewegung unternommenen Agitationsreise.

Nationalversammlung zu Weimar

43. Sitzung, Dienstag, den 1. Juli, nachm. 3 Uhr.

Am Regierungstische: David u. a.

Präs. Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 3 Uhr 20 Min.

Abg. Mumm (Dnat.) fragt nach der Verwendung von Reichsgeldern für Parteizwecke, wie sie durch Versendung von Broschüren und sonstigen Drucksachen durch den Werbedienst der deutschen Republik und die Zentrale für Heimatdienst durch portofreie Versendung erfolgt sei. Er fragt, ob die Regierung bereit sei, dieser mißbräuchlichen Propaganda endlich ein Ende zu machen und mitzuteilen, wieviel Reichsgelder für solche Zwecke verbraucht seien, sowie die schuldigen Beamten zur Rechenschaft zu ziehen und von ihnen Rückerstattung der Beträge zu verlangen.

Geheimer Oberregierungsrat im Reichsministerium des Innern Freiherr von Nelser: Seit Anordnung der Liquidation des Werbedienstes sind nach Angabe des Leiters neue Druckaufträge nicht mehr erteilt worden. Eine Reihe von Druckaufträgen konnte aber nicht mehr rückgängig gemacht werden. Soweit dieses Propagandamaterial unbedenklich erschien, wurde es vom Werbedienst noch versandt. Seit mehreren Wochen ist aber jeder Versand endgültig eingestellt worden. Die von der Zentrale für Heimatdienst verbreitete Denkschrift „Der Geist der neuen Volksgemeinschaft" ist lediglich eine Privatarbeit, die den Entwurf eines Organisationsplanes enthält und zum Meinungsaustausch anregen soll. Auch aus Kreisen der politischen Richtung des Herrn Abg. Mumm sind dafür der Zentrale für Heimatdienst zahlreiche Anerkennungsschreiben zugegangen. Eine Durchführung des Organisationsplanes ist selbstverständlich nach keiner Richtung erfolgt. Irgend welche Geldmittel sind für seine Verwirklichung nicht aufgewendet worden.

Beschaffung von landwirtschaftlichem Siedlungsland.

Der Ausschußberichterstatter Abg. Allekotte (Z.) hat die Verordnung zu einem Gesetzentwurf umgearbeitet, der in seinem § 1 bestimmt, daß die Bundesstaaten verpflichtet sind, zur Schaffung neuer Ansiedlungen und zur Hebung bestehender Kleinbetriebe gemeinnützige Siedlungsunternehmungen zu bilden.

Präs. Fehrenbach stellt fest, daß eine Beratung in drei Lesungen erforderlich ist.

Abg. Blum (S.): Die Frage, ob der Großbesitz oder der Kleinbesitz vorzuziehen sei, ist dahin zu beantworten, daß volkswirtschaftlich eine gesunde Mischung beider das richtige und zweckmäßige ist. Die Statistik beweist, daß im allgemeinen in den unteren Stufen des Gesetzes der Eigenbetrieb, in den größeren dagegen die Pachtfläche gestiegen ist. Das ist eine durchaus ungesunde Entwicklung. Zunächst muß die Beschaffung von Bauerngütern mittlerer Größe das Ziel sein. Auch die Landarbeiterfrage muß vor allen Dingen durch die Siedlungstätigkeit gelöst werden.

Abg. Schmidthals (Dem.): In der Landwirtschaft müßten mehr Kleinbetriebe geschaffen werden. Wenn wir die Arbeiterbevölkerung nicht wieder auf das Land hinausbringen, muß sie auswandern. Unser einziges Aktivum ist unsere Arbeitskraft. Aber es muß auch wieder die nötige Arbeitslust hineinkommen. Wir brauchen eine gesunde Mischung von großen und kleinen Betrieben. In der Geldfrage sollte man nicht zu ängstlich sein.

Abg. Löbe (Soz.): Wir begrüßen dieses Gesetz, weil es endlich ein den Kriegsteilnehmern gegebenes Versprechen erfüllt. Als eine wesentliche Verbesserung betrachten wir, daß das Gesetz ausdrücklich die Vergrößerung kleiner Stellen vorsieht, was insbesondere für Oberschlesien eine besondere Rolle spielt. Als Vorteil betrachten wir es auch, daß kleine Bauern, mittlere Bauern und Lehrer bei der Ausführung des Gesetzes mitwirken und die Entscheidungen nicht mehr der Bureaukratie überlassen bleiben. (Beifall.)

Abg. Dr. Rösicke (Dnat. Vp.): Wir haben uns immer für das Siedlungswesen lebhaft interessiert. Redner tadelt, daß auf den Regierungsbänken nur ein einziger Kommissar sitze.

Regierungskommissar für das Wohnungswesen Scheidt:

Die Schwierigkeiten die einer Vollziehung des Gesetzes entgegenstehen, bestehen in der Hauptsache in dem Mangel an Baustoffen. Für die Bauwirtschaft fehlt eigentlich alles, namentlich Ziegel und Kalk. Von insgesamt 18 000 Ziegeleien in Deutschland haben zeitweise über 17 000 stillgelegen. Gegenwärtig liegen noch 16 500 still, so daß nur 1500 arbeiten. Und auch diese sind nur zum Teil imstande, ihre Wirtschaftsmöglichkeiten auszunutzen, so daß sie vielfach ihre Lieferungen nicht einhalten können. Dr. Rosicke wies darauf hin, daß namentlich bei landwirtschaftlichen Bauten auf Ersatzstoffe zurückgegriffen werden könne. Er sprach von Lehm als brauchbaren Ersatzstoff für Ziegel. Wir haben Versuche gemacht und sie hatten ein verhältnismäßig günstiges Ergebnis, teilweise durchaus befriedigend. Auch die Baukosten ermäßigten sich. Die größte Schwierigkeit liegt vielleicht in der Baukostenverteuerung. Das Reich hat 500 Millionen für Wohnungsbauten zur Verfügung gestellt. Auf die Frage, ob diese Mittel ausreichen werden, kann ich nur sagen, sie werden es bestimmt nicht tun. (Hört, hört!) Vor dem Kriege sind in Deutschland etwa 200 000 Wohnungen mit einem Kostenaufwand von ½ Milliarden gebaut worden. Heute haben sich die Baupreise um das vierfache erhöht, an einzelnen Stellen noch mehr. Wir würden also rund 8 Milliarden brauchen. Das wäre der Jahresbetrag, der nötig wäre. Aus Reichsmitteln stehen aber nur 500 Millionen zur Verfügung. Wenn erst Baustoffe wieder in größeren Mengen vorhanden sind, dann werden wir mit den 500 Millionen bald zu Ende sein. Als Staatskommissar für das Wohnungswesen konnte ich noch die Beobachtung machen, daß die bisher eingegangenen Anträge auf Zuschüsse fast ausschließlich aus den Städten stammen, von dem Lande aber fast keine. Das ist eine große Gefahr für die Ansiedlung. Nachher wird für das Land nichts mehr übrig sein. Ich möchte daher warnen, daß die Landwirte, wie es heute wohl vielfach der Fall ist, mit ihren Bauten warten, bis wieder Ziegel zur Verfügung stehen. Von Seiten der beteiligten Stellen wird alles geschehen, um die Schwierigkeiten zu beseitigen oder wenigstens zu mildern, die sich der Schaffung neuer Ansiedlungen entgegenstellen.

Abg. Busch: (Dnat. Vp.): Ich halte es für das Wichtigste, möglichst viele neue Siedlungen zu schaffen. Dabei sollte man möglichst auch die Kriegsbeschädigten und diejenigen berücksichtigen, die aus den uns jetzt verlorengehenden Gebieten in das verkleinerte Deutschland zurückwandern.

Abg. Herz (U. Soz.): Meine Fraktion wird nicht für das Gesetz stimmen, weil es nicht praktische Arbeit leistet, sondern trügerische Hoffnungen erweckt, die nicht erfüllt werden können. Kein Augenblick ist für neue Siedlungen ungünstiger als der gegenwärtige. Unsere landwirtschaftlichen Verhältnisse können nur dadurch gesunden, daß an die Stelle der Privatbetriebe die Gemeinwirtschaft tritt.

Regierungskommissar Professor Sering:

In allen Kulturländern der Erde vollzieht sich die Entwicklung des landwirtschaftlichen Betriebes nicht in der Richtung zu den großen Arbeitsgemeinschaften, sondern ist gekennzeichnet durch das unausgesetzte starke Vordringen der auf die Arbeitskraft der Familie des Eigentümers gegründeten Betriebe. In der Landwirtschaft liegt das Prinzip des Fortschritts nicht wie bei der Industrie in der Schematisierung und Mechanisierung, sondern in der Individualisierung der Produktion. Es kann sich nicht darum handeln, der Kleinwirtschaft den modernsten Fortschritt zugänglich zu machen. Kein Schema, sondern eine gesunde Mischung von Groß- und Kleinbetrieb!

Abg. Dr. Heim (Z.): Das Gesetz ist ein hervorragend konservatives Gesetz, ausgegangen von der heutigen Regierung. Sie wird noch häufiger solche konservative Politik machen müssen. Die Schaffung kleiner Existenzen ist ein konservativer Gedanke. Er läßt sich nur genossenschaftlich verwirklichen. Der Kleinbetrieb kann nur schwache Ueberschüsse auf den Markt bringen. Die wesentlichen Unterschiede zwischen dem größeren Grundbesitz und dem kleineren Grundbesitz bestehen darin, daß der erste uns mit Bodenprodukten, der andere mit Stallprodukten versorgt. Bei der Durchführung des Siedelungsgedankens muß mehr Wert auf die Praxis gelegt werden, als es bisher geschieht. Ohne Zweifel werden wir nicht wieder das Industrieland von ehemals, sondern müssen uns darauf einstellen, daß wir mehr Agrarland werden.

Präsident Fehrenbach: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Es folgt die zweite Beratung.

Der Präsident bringt die einzelnen Paragraphen zur Abstimmung. Die §§ 1—23 werden mit einigen Abänderungen nach unerheblicher Debatte angenommen.

Bei § 24, wonach auch die Landeszentralbehörden Ausführungsvorschriften zum Gesetz erlassen können, ergibt sich eine längere juristische Auseinandersetzung. Die Entscheidung über diese Frage wird bis zur dritten Lesung ausgesetzt und der § 24 vorbehaltlich der Aenderung in der dritten Lesung vorläufig unverändert angenommen. Der Rest des Gesetzes gelangt ohne Debatte zur Annahme.

Schließlich werden die vom Ausschuß beantragten Entschließungen angenommen, worin die Reichsregierung ersucht wird, von Reichs wegen eine Stelle zu schaffen, von der aus das Siedlungswesen kontrolliert wird, sowie dahin zu wirken, daß Baumaterialien in ausreichender Menge zu Ansiedlungszwecken zur Verfügung gestellt werden, und die Bildung von Genossenschaften zu fördern, welche durch zunächst pachtweise Ueberlassung von Ansiedlungsland die allmähliche Durchführung der Ansiedlung ihrer Mitglieder herbeiführen.

Die dritte Lesung wird wegen der erwähnten Streitfrage vertagt.

Schluß ½1 Uhr.

Nächste Sitzung Mittwoch 2 Uhr. (Interpellationen. Zweite Lesung des Verfassungsentwurfes.)

Preußische Landesversammlung.

37. Sitzung vom 1. Juli, 12 Uhr.

Am Ministertisch: Haenisch.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst kleine Anfragen. Auf Anfrage des Abg. Riedel-Charlottenburg (Dem.) über die Einsetzung eines ungesetzlichen Arbeiterausschusses im Eisenbahndirektionsbezirk Altona erwidert ein Vertreter des Eisenbahnministeriums, es handle sich nur um eine provisorische Anerkennung bis zur definitiven gesetzlichen Regelung.

Auf Anfrage Dr. Rosenfeld (U. Soz.) wegen eines Mordanschlags auf den Untersuchungsgefangenen Radek erwidert

ein Vertreter des Kriegsministeriums: Der Regierung ist bekannt, daß am 13. Juni, als Radek auf einem Spaziergang war, Schüsse gefallen sind. Ob Absicht oder Fahrlässigkeit vorlag, muß die sofort eingeleitete, aber noch nicht abgeschlossene Untersuchung ergeben. Uebungsschießen mit scharfer Munition innerhalb der Stadt ist streng verboten. Die Truppen sind erneut auf diese Bestimmung hingewiesen worden. Weitere Maßnahmen läßt der geschilderte Vorgang nicht geboten erscheinen. (Hört, hört! und große Unruhe bei den U. Soz.)

Auf eine Anfrage des Abg. Tegener (Dnat. Vp.) wegen Entfernung von Bildnissen der kaiserlichen Familie aus den Schulen in Bochum durch den Arbeiterrat erwidert

Kultusminister Haenisch: Zu meinem Bedauern ist die Wendung „Bilderstürmerei" in meinem Erlaß vom 29. März so aufgefaßt worden, als verurteile die Staatsregierung jede Entfernung solcher Bilder. Die Arbeiterräte in Bochum haben allerdings ihre Befugnisse überschritten, was von der Regierung entschieden mißbilligt wird. Ich erkläre ausdrücklich, daß zwar jedermann in seiner Privatwohnung so viel Kaiserbilder anbringen kann wie möglich, aber

in den öffentlichen Schulen hat kein Wahrzeichen des alten kaiserlichen Deutschlands mehr Platz.

(Große Unruhe rechts, Zustimmung links.) Sie können dort ebensowenig geduldet werden, wie das frühere kaiserliche Deutschland republikanische Abzeichen in seinen Schulen geduldet hätte. (Sehr richtig! links.) Darum habe ich meinen Erlaß dahin erweitert, daß mit selbstverständlicher Ausnahme von Kunstwerken, wie der Darstellung des Alten Fritz von Menzel und Bismarcks von Lenbach die Kaiserbilder durch die Schulaufsichtsbehörden aus den Schulen entfernt werden sollen, aber nicht demonstrativ, sondern möglichst unauffällig, am besten während der ganzen Ferien. (Große Unruhe rechts.)

Eine Anfrage der Abgg. Degenhardt und Gen. (Dem.) ersucht um Auskunft über die Vorgänge im Eisenbahndirektionsbezirk Erfurt am Sonntag, den 15. Juni, und über deren Veranlassung.

Ein Regierungskommissar gibt eine kurze Darstellung der Vorgänge. Es sei von einer Versammlung von Eisenbahnern die Absetzung des Direktionspräsidenten verlangt worden und es habe sich ein Demonstrationszug daran geschlossen. Diesem seien Tafeln vorangetragen worden mit der Inschrift: „Es lebe die Diktatur des Proletariats!" und „Nieder mit der Regierung!" Daraus allein schon ergebe sich, daß politische Momente der Demonstration zugrunde gelegen hätten. Die Regierung habe einen Kommissar zur Untersuchung an Ort und Stelle abgeordnet.

Der Antrag der Demokraten auf Annahme eines Gesetzes über die Gewährung von Straffreiheit und Strafmilderung bei ehrengerichtlichen Strafen und ehrengerichtlichen Verfahren gegen Aerzte wird in zweiter Lesung ohne Erörterung unverändert angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über weitere Beihilfen zu Kriegswohlfahrtsausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände. Der Gesetzentwurf wird nach kurzer Erörterung einstimmig angenommen, die 150 Millionen werden aber von den Rednern der Linken und des Zentrums nur als Abschlagszahlung bezeichnet. Eine baldige Erhöhung des Betrages wird gefordert.

Die Vorlage wird einstimmig angenommen.

Es folgt die Beratung der Vorlage auf Verstadtlichung der Charlottenburger Wasserwerke.

Abg. Dr. Hagen (Z.): Die Beschaffung des Wassers hat einen monopolartigen Charakter und eignet sich zur Sozialisierung. Aber diese Vorlage ist so schnell gekommen, daß eine gründliche Prüfung erst im Ausschuß möglich ist.

Abg. Cassel (Dem.): Es wäre doch viel richtiger, den ganzen Besitz als solchen zu enteignen, statt den einzelnen Aktienbesitzern eine Entschädigung zu gewähren.

Abg. Leidig (D. Vp.): Die Vorlage ist ein Ausnahmegesetz, denn sie greift ein einzelnes Werk heraus und läßt große private Wasserwerke, wie das von Gelsenkirchen, nach wie vor bestehen. Das Interesse Schönebergs ist kein Grund für eine vorzeitige Sozialisierung.

Abg. Bruns (Soz.): Wir begrüßen es, wenn dieser gemeinnützige Betrieb der privaten Ausbeutung entzogen wird. Die Vorlage ist notwendig, sie mache endlich den Anfang mit praktischer Sozialisierung.

Abg. Hammer (Dnat. Vp.): Volle Entschädigung muß gewährt werden.

Abg. Dr. Rosenfeld (U. Soz.): Das ist ein kläglicher Anfang der Sozialisierung. Wir stimmen nur ungern zu.

Die Vorlage wird an einen besonderen Ausschuß von 21 Mitgliedern verwiesen und darauf die Aussprache über den

Etat der Justizverwaltung

fortgesetzt.

Justizminister Am Zehnhoff: Es ist der feste Wille der Verwaltung, daß die Beamtenausschüsse nicht bloß auf dem Papier stehen bleiben. Der Gedanke, Rechtsanwälte als Richter zu nehmen, ist mir durchaus sympathisch, aber praktisch nicht durchführbar.

Abg. Deerberg (D. Nat.): Was bedeuten alle unsere Erörterungen hier gegenüber den furchtbaren Schicksalen draußen! Die Organe der Rechtspflege haben in dieser Zeit der Verwirrung keinen Augenblick versagt. In Preußen und Deutschland herrscht keine Klassenjustiz. (Lebhafter Widerspruch bei den Soz.) Die Klassenjustiz betreiben Sie (zu den Soz. Große Unruhe links.) Das Wahlrichterium würde die Justiz zum Kriegsschauplatz politischer Gegensätze machen. Der Staat muß die mittleren und unteren Justizbeamten besser stellen. Wir mißbilligen die Knebelung der Preßfreiheit. Wo sich nationaler Stolz gegen die Schmach des Versailler Friedens regt, wird mit einem Verbot eingeschritten. Das ist die Freiheit des 9. November. (Beifall rechts.)

Abg. Stendel (D. Vp.): Wir wünschen keine allgemeine Zuziehung von Frauen zum Schöffen- und Geschworenenamt. Wie kann man behaupten, daß die Revolution ein Segen für unser Volk gewesen ist? Die Mehrheit des Volkes sieht in der

Revolution ein Verbrechen.

(Große Unruhe links.) Wenn ein Antrag des Berliner Vollzugsrats auf Haftentlassung nicht beachtet wurde, so sagen wir: Gott sei Dank, daß es noch Richter in Berlin gibt, die sich in ihren Kram nicht hineinreden lassen.

Nunmehr schlägt der Präsident Vertagung auf Mittwoch, 1 Uhr, vor, mit der Tagesordnung: Kleine Vorlagen und Fortsetzung der Etatsberatung. — Ueber einen Antrag auf Absetzung eines Punktes von der Tagesordnung muß durch Auszählung abgestimmt werden. Diese ergibt Beschlußunfähigkeit. Der Präsident erklärt, daß er die Tagesordnung der nächsten Sitzung den Mitgliedern schriftlich zustellen wird. (Schluß 6 Uhr.)

Abgeordneter Professor Dr. Preuß ist zu den weiteren Arbeiten am Verfassungswerke mit der Vertretung des Reichsministeriums betraut worden.

---

schaftlichen Hilfsmitteln und großer Vorsicht heranzugehen und sie gründlich vorzunehmen; denn mit ungründlichen Antworten und Methoden, die als sofort benutzbar angepriesen werden, ist natürlich niemandem geholfen.

Für die Bearbeitung derjenigen, zuerst von mir genannten Probleme, an deren Lösung auch der kapitalistische Unternehmer interessiert ist, sind von dieser Seite her zum Teil sogar recht beträchtliche Mittel zur Verfügung gestellt worden. Die Arbeitnehmerschaft aber war bisher nicht in der Lage, auch ihrerseits die Mittel zur Lösung von sie interessierenden Aufgaben oder gar für die Gesamtheit der Frage, an denen ein sozialisierender Staat interessiert ist, zu gewähren; die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands z. B. hat nur in anderer Weise ihr Interesse an diesen Fragen bekunden können. Und so ist denn z. B. das Berufsauslese verfahren (der für einen Betrieb bestgeeigneten) schon hie und da gefördert worden, während die wissenschaftlichen Grundlagen für eine positive psychologische Berufsberatung (die jedem Menschen nachweist, für welche Berufe er besonders geeignet ist) auch sehr mangelhaft sind. Jetzt, da öffentliche Mittel im Sinne der Sozialisierung verwaltet werden, kann und sollte das anders werden; die Lösung der vielfach bereits angeschnittenen, aber nur unvollkommen oder einseitig behandelten Fragen kann nur durch ein staatliches von privaten Unterstützungen unabhängiges Forschungsinstitut für angewandte Psychologie gründlich gefördert werden; die Kosten eines solchen Institutes würden sich durch seine Forschungsergebnisse wohl sehr bald mehr als bezahlt machen.

Notizen.

— Volksbühne. Für das nächste Spieljahr sind zur Darstellung vorgesehen die klassischen Stücke: Sophokles „Antigone", Shakespears „Cymbeline" und „Die lustigen Weiber von Windsor", Goethe „Götz von Berlichingen" und „Torquato Tasso", Georg Büchner „Wozzeck"; von neueren Verfassern: Henrik Ibsen „Die Kronprätendenten", B. Björnson „Paul Lange und Tora Parsberg", August Strindberg „Nach Damaskus", Bernhard Shaw „Kapitän Brassbounds Bekehrung"; an deutsche Erstaufführungen: Ernst Barlach „Der tote Tag", Georg Kaiser „Die Bürger von Calais", Otto Zoff „Kerker und Erlösung", ferner Rabindranath Tagore „Das Postamt" und „Chitra".

— „Das Gesetz". Die auf gestern angekündigte Berliner Erstaufführung des Sozialistengesetz-Dramas von Paul Bader im Wallner-Theater wurde verschoben.

— Der Volksliedforscher Otto Böckel, der in Michendorf in der Mark lebt, wird heute 60 Jahre alt. Eine Dr. Böckel-Spende (Dresdner Bank, Friedenau) ist für den körperlich schwer leidenden, in Bedrängnis lebenden verdienten Forscher eröffnet worden.

— Druckfehler. In der Anzeige der Feldenschen Schrift über „Kirche, Religion und Sozialdemokratie" muß es in der siebenten Zeile heißen: Albert Kalthoff.

Vollversammlung der Arbeiterräte Großberlins

Preßfreiheit. — Streikerlaß. — Die Boykottfrage wieder umgangen.

(Fortsetzung aus dem Abendblatt.)

Cano (S. P. D.) weist dann noch auf die Spaltung der Arbeiterschaft hin, die jede positive Arbeit für den Wiederaufbau der Wirtschaft und die Sozialisierung hindere und schließt mit einer Aufforderung zur Einigkeit, die das einzige Mittel sei, um aus den gegenwärtigen unleidlichen Zuständen herauszukommen. (Lebhafter Beifall, in den sich Gegenkundgebungen einer kleinen Minderheit mischen, die schließlich zu großem, anhaltenden Lärm ausarten, an dem sich besonders die Zuhörergalerie beteiligt.)

Vorsitzender Brolat mahnt wiederholt zur Ruhe und untersagt energisch die lärmenden Kundgebungen der Zuhörer.

Heine (K. P. D.): Die politische Unterdrückung und Knechtung in Deutschland ist jetzt größer wie vor dem 9. November. Wie die Verhältnisse liegen, muß für Herfurth das schlimmste befürchtet werden. Auch er kann, wie andere unserer Vorkämpfer, dem politischen Mord zum Opfer fallen. Jogiches ist ja auch widerrechtlich verhaftet und dann hinterrücks ermordet worden. — Die Leute, die jetzt in der Regierung sitzen, sind nur noch Hampelmänner in den Händen der militärischen Befehlshaber. — Die herrschenden Klassen suchen die Revolution abzuwürgen und dabei helfen ihnen die Leute, die vorgeben, eine Arbeiterpartei zu vertreten. Jetzt haben wir die brutale Militärdiktatur. Die Verhaftung des Vollzugsrats ist nicht auf Geheiß der Regierung, sondern der Militärkamarilla vollzogen. Das alles kann nur ein Ende nehmen, wenn der Kapitalismus gestürzt ist. Entweder Diktatur des Kapitalismus oder Diktatur des Proletariats. Ein drittes gibt es nicht. Ich weise die Behauptung Däumigs zurück, daß wir an den Unruhen im Januar schuld sind. An der Besetzung der Gebäude haben sich Mitglieder aller drei (?) Parteien beteiligt und an der **Besetzung des „Vorwärts" waren die Parteigenossen Däumigs am meisten beteiligt.** — Die Aufhebung des Gewaltfriedens kann nur das Werk des internationalen Proletariats sein. — Gegen den Lebensmittelwucher muß energisch durchgegriffen werden. Aber das ist von der gegenwärtigen Regierung nicht zu erwarten. Wenn man die Arbeiter zufrieden stellt, dann sind sie auch bereit zu arbeiten. Die Forderungen der streikenden Eisenbahner und Straßenbahner sind berechtigt. (Lebhafter Beifall.) Es lebe die soziale Weltrevolution. (Stürmischer Beifall.)

Fischer (Demokrat): Ich glaube nicht, daß die Arbeiter der siegreichen Länder sich um die Früchte des Sieges bringen lassen. Auf sie können die Hoffnungen auf die Weltrevolution sich nicht stützen. — Bei aller Sympathie mit den Eisenbahnern muß ich doch sagen, daß es unter uns **Lehrern** viele Tausende gibt, die sich schlechter stehen wie die Eisenbahner. (Unruhe. Zuruf: **„Streikt doch!"**) Die Eisenbahner stellen eine Macht dar. Aber wenn wir streiken würden, darauf pfeifen die Spatzen und Ihre Jungens und Mädels freuen sich. (Heiterkeit.) — Ganz abgesehen von den Gründen, die für die Verhaftung der Vollzugsratsmitglieder angeführt werden, ist unter allen Umständen zu verurteilen, daß die Parteizugehörigkeit für die Verhaftung maßgebend war. Wenn sachliche Gründe für die Verhaftung vorlagen, dann hätte doch kein Unterschied der Partei gemacht werden dürfen. — Preßfreiheit muß sein, aber die Presse soll sich auch der Verantwortung bewußt sein, die sie in dieser schweren Zeit hat. — Es muß dafür gesorgt werden, daß die Großstädte mit Lebensmitteln besser wie bisher versorgt werden. — Wenn **wir** hier praktische Arbeit leisten, dann kann uns die Regierung die Anerkennung nicht versagen.

Wegmann (U. S. P.) bemerkt: Das Telephongespräch mit Hamburg kann nicht die wahre Ursache der Verhaftung gewesen sein, denn der Haftbefehl gegen Rich. Müller und Däumig lag schon vor den Hamburger Unruhen vor. Das ist ein Werk der Gegenrevolution.

Cano (S. P. D.): Ich stelle fest, daß ein Haftbefehl gegen Müller und Däumig nicht vorgelegen hat. (Lachen.)

Däumig (U. S. P.): Ich gebe zu, daß ein formeller Haftbefehl gegen mich nicht erlassen ist. Aber an dem Tage, wo die „Republik" verboten wurde, haben Militärpersonen in meiner Wohnung angeblich nach Waffen gesucht, jedoch nichts gefunden. An einem der folgenden Tage sind wieder Militärpersonen in meiner Wohnung gewesen, sie haben meine Frau zur Seite gestoßen, die Wohnung durchsucht und auch nach mir gefragt, sicher doch nicht, um sich mit mir zu unterhalten. Dasselbe ist auch bei Müller geschehen. Also war es wohl auch ohne formellen Haftbefehl auf unsere Verhaftung abgesehen.

Die Diskussion wird geschlossen und folgender Antrag der U. S. P.-Fraktion einstimmig (bei einzelnen Enthaltungen) angenommen:

„Die Vollversammlung fordert von der Reichsregierung die

sofortige Freilassung der Arbeiterräte,

die am Donnerstag, den 27. Juni, unmittelbar nach der Vollversammlung durch einen ungesetzlichen brutalen militärischen Gewaltakt ihrer Freiheit beraubt wurden."

„Die Vollversammlung fordert die vollständige Wiederherstellung der Preßfreiheit."

Ein inhaltlich gleichartiger, im Ton aber schärfer gehaltener Antrag der Kommunisten wurde gleichfalls angenommen.

Heinrich (U. S. P.) teilt mit, daß die von ihm vertretenen Magistratshilfskräfte beschlossen haben, sich dem ev. Proteststreik der Bankbeamten wegen der Verhaftung Emonts' anzuschließen. (Großer Beifall.) Die Magistratshilfskräfte, die hier in Frage kommen, haben mit der **Lebensmittelverteilung** zu tun. (Aha!) Sie erwarten, daß sie heut abend noch Bescheid bekommen, welches Ergebnis die Verhandlungen des Vollzugsrats wegen der Haftentlassung Emonts gehabt haben.

Ein Vertreter der Bankbeamten teilt mit, daß seine Kollegen den Proteststreik zugunsten der Entlassung Emonts noch **nicht** beschlossen haben, weil die Gründe für die Verhaftung noch nicht bekannt sind.

Es folgt der dritte Punkt der Tagesordnung:

Der Streikerlaß Noskes.

Malhahn (U. S. P.) führt aus, **Brolat** (S. P. D.) habe sich die größte Mühe gegeben, wegen Rücknahme des Streikerlasses mit Noske zu verhandeln, aber Noske sei nicht erreichbar gewesen, denn er befinde sich in Hamburg. Der Erlaß sei auf das schärfste zu verurteilen, das Streikrecht der Eisenbahner dürfe weder jetzt noch in Zukunft unterbunden werden.

Scharffschwerdt (Gewerkschaftsbund der Eisenbahnbeamten) macht Mitteilungen über die Lohnbewegung der Eisenbahner und sagt, den Eisenbahnern seien in der Frage des **Mitbestimmungsrechts wertvolle Zugeständnisse** gemacht worden. (Widerspruch.)

Folgender Antrag fand einstimmige Annahme:

„Die Vollversammlung verwahrt sich mit aller Entschiedenheit gegen die Eingriffe in die Koalitionsfreiheit der Arbeiter und Angestellten durch den Reichswehrminister Noske."

Nun sollte der letzte Punkt der Tagesordnung:

„Boykott der Freiwilligenverbände"

behandelt werden. Hierzu hatte die Fraktion der S. P. D. folgenden Antrag angenommen, den sie in der Vollversammlung vertreten wollte:

„Die Fraktion der S. P. D.-Arbeiterräte stellt sich auf den Boden der vom Parteitag angenommenen Richtlinien über die Freiwilligenverbände. Sie beantragen daher die sofortige **Aufhebung** der Boykottbeschlüsse der Vollversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte Groß-Berlins in bezug auf die Freiwilligenverbände, da sie es als unsittlich bezeichnen müssen, daß die politische Ueberzeugung Andersdenkender mit Stockschlägen auf den Magen bestraft wird."

Stahlberg (U. S. P.) beantragt **Vertagung.**

Büchel (S. P. D.) spricht dagegen. Die Angelegenheit müsse jetzt **endlich** zur Klarheit gebracht werden. Aber die Unabhängigen hätten **nicht den Mut,** die Angelegenheit zu behandeln.

Der Vertagungsantrag wird gegen eine starke Minderheit **angenommen.**

Vorsitzender Brolat (S. P. D.): Wir haben im Vollzugsrat beantragt, diese Angelegenheit auf die Tagesordnung der Vollversammlung zu setzen. Die Unabhängigen sind jetzt, da sie zufällig die Mehrheit haben, darüber hinweggegangen. Sie trauen sich nicht Stellung zu der Angelegenheit zu nehmen. Sie haben die Folgen ihres Beschlusses zu tragen. (Beifall auf der einen, Lärm auf der anderen Seite.)

Der Vorsitzende Brolat schloß hierauf die Versammlung.

*

Magistratshilfskräfte. Zur Protestkundgebung des Zentralausschusses, hat die Vollversammlung der Arbeiterräte einstimmig beschlossen, sofort den Vollzugsrat zu beauftragen, die nötigen Schritte beim Reichswehrministerium zur Haftentlassung Emonts' zu unternehmen. Bis zur Beendigung dieser Verhandlungen, von deren Ausgang wir die Kollegenschaft in Kenntnis setzen werden, wird dringend gewarnt, Einzelaktionen zu unternehmen.

Der Zentralausschuß.

Gewerkschaftsbewegung

S. P. D.-Funktionäre und politische Streiks.

In der Sitzung der S. P. D.-Funktionäre der A. E. G., Brunnenstraße, wurde folgender Antrag einstimmig angenommen:

Bei allen politischen Streiks ist im Betriebe eine geheime Urabstimmung vorzunehmen. Wird diese abgelehnt, so beteiligen sich die Mitglieder der S. P. D. nicht weiter an den Beratungen, sondern behalten sich ihre Stellung zu den gefaßten Beschlüssen vor. Bei politischen Generalstreiks ist allein nach der Parole der Parteileitung zu handeln.

Besucher der Rennbahn Grunewald!

Die auf der Rennbahn Grunewald beschäftigten Arbeiter haben dem Berliner Rennverein durch ihre Organisation, den Deutschen Transportarbeiterverband, unterm 5. Mai Forderungen auf tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse unterbreitet. Da die feudalen Herren im Berliner Rennverein kein Verständnis für die jetzige Zeit haben, glauben sie recht zu handeln, wenn sie die Forderungen der Arbeiterschaft ablehnen.

Die Arbeiterschaft hat nunmehr beschlossen, wenn bis Mittwoch keine endgültige Regelung erfolgt ist, in den Streik zu treten.

Die Gewerkschaft der mittleren Postbeamten

Bezirksverein Berlin, beschäftigte sich in einer Versammlung im Lehrervereinshause mit der überaus traurigen wirtschaftlichen Lage der mittleren Postbeamten. Allseitig wurde die eingetretene Verschuldung und die Sorge dieser Beamtenklasse um Nahrung und Kleidung hervorgehoben. Dem Wunsche der Beamten, sie mit Einkommensverbesserungen zu bedenken, wie sie neuerdings wieder hiesigen Kommunalbeamten, Lehrern und Arbeitern zuteil geworden seien, hatte die Postverwaltung — wie vor dem Kriege — die schlechte Finanzlage des Reiches entgegen. Demgegenüber wurde auf unrentabele Betriebe der Post- und Telegraphenverwaltung verwiesen. Mit Erbitterung wurde von einem Bericht über eine persönliche Rücksprache von Beamten im Postministerium Kenntnis genommen, wonach einflußreiche Stellen im Ministerium auf alte Wünsche um bessere Bewertung der produktiven Arbeit der Postbeamten eine Aufbesserung von 80 Pf. täglich, zahlbar an einen Teil der Beamten 24 Jahre nach der Anstellung als weitgehendstes Entgegenkommen bezeichnet haben. Angesichts dieses Standpunktes wurden Zweifel laut, ob es überhaupt möglich sein werde, im Wege der Verhandlungen zu einer Einigung zu kommen. Die vorgekommenen wilden Postbeamtenversammlungen und Streikdrohungen würden von der Mehrheit nicht gebilligt, dafür aber von den Organisationsführern stürmisch verlangt, den Wünschen der Beamten endlich Befriedigung zu verschaffen. In häufiger einzuberufenden Versammlungen sollen über die jeweilige Lage weitere Beschlüsse gefaßt werden.

Freie Bahn dem Tüchtigen.

Einen starken Mißklang zu diesem gerade in unserer Zeit bedeutungsvollen Motto bildet ein Fragebogen, den ein Stellungsuchender von einer Auskunftei in Berlin W zugesandt erhielt. Der Einsender hatte sich auf ein Bettumsinserat an diese Firma um Nachweisung einer Stellung gewendet, von der er nun zu seinem Erstaunen eine Reihe Fragen zur Beantwortung vorgelegt erhielt. Darunter befinden sich auch solche, die mit der Tüchtigkeit eines Angestellten absolut nichts zu tun haben, wie die Frage nach Konfession, dem Stand des Vaters, der Stellung event. vorhandener Brüder und die Frage nach Vermögen. Solche Fragen haben mit der Absicht sich über die Tüchtigkeit und Brauchbarkeit eines Mannes zu informieren, rein gar nichts zu tun, sie sind lediglich als eine unwürdige Schnüffelei in private Verhältnisse zu betrachten.

Deutscher Holzarbeiterverband.

Musikinstrumentenarbeiter! Außerordentliche Mitgliederversammlungen für Norden und Osten am Donnerstag, den 3. Juli, abends 6½ Uhr, in Brevers Festsälen (fr. „Königsbank"), Gr. Frankfurter Straße 117; für Südosten und Neukölln am Freitag, den 4. Juli, abends 6½ Uhr, im „Reichenberger Hof", Reichenberger Str. 147. Tagesordnung: 1. Teuerungszulage oder Kampf in der Berliner Musikinstrumentenindustrie. 2. Bericht vom Verbandstag. 3. Verschiedenes.

Kollegen! Da wir vor wichtigen Entscheidungen stehen, wird um pünktliches und vollzähliges Erscheinen ersucht.

Achtung! Bauarbeiter! Heute abend 7 Uhr finden in allen Bezirken und Zahlstellen in den bekannt gegebenen Lokalen Versammlungen statt mit der Tagesordnung: Stichwahlen zum 1. Schriftführer, 2. Kassierer und einem Angestellten. Alle unsere Kollegen und Anhänger haben die Pflicht, für guten Besuch dieser Versammlungen zu agitieren und auch selbst zu erscheinen.

Obleute der Chemischen Industrie wollen die in ihren Firmen bestehende Arbeitszeit unverzüglich dem Zentral-Ausschuß der Angestellten Groß-Berlins, Berlin, Werftstr. 7, event. telephonisch angeben.

Die erwerbslosen Groß-Berliner Kollegen von A. W. Süd können sich den 6 Tage-halben Lohn noch abholen.

Parteinachrichten.

Kommunales Bureau Groß-Berlin. Das im März d. J. von der Bezirksorganisation Groß-Berlin beschlossene Bureau der „Kommunalen Konferenz der Gemeindevertreter von Groß-Berlin" hat am 1. Juli seine Tätigkeit begonnen.

Leiter des Bureaus ist der Genosse Adolf Ritter, an dessen Adresse, Berlin SW 68, Lindenstr. 114, in Zukunft alle Zuschriften zu richten sind.

Gerichtszeitung.

März-Plünderer.

Als Teilnehmer an einer größeren Plünderungskolonne, die in der Nacht des 5. März im Norden Berlins ihr Unwesen trieb, standen Erich Kolbe, die Brüder Willi und Hans Luckfiel und Erich Brecht vor dem außerordentlichen Kriegsgericht. Etwa 50 Personen, zum Teil mit Gewehren und Revolvern bewaffnet, gingen auf Plünderungen aus, drangen gewaltsam in das Salomonsche Warenhaus, Fransockstraße, raubten es gehörig aus und warfen viele Gegenstände zur Straße hinaus, wo sie von Straßenpassanten weggeschafft wurden. Aus dem Goldwarengeschäft Neumann, Weißenburger Straße, nahmen sie mit, was sie fanden. In der Danziger Straße mußte die Uhren- und Goldwarenhandlung von Hanus daran glauben. Die Angeklagten hatten jene Nacht in einem Schanklokal zugebracht, waren auf dem Heimwege auf die Plündererkolonne gestoßen, mit ihr gezogen und haben sich eine ganze Anzahl von Ringe, Ketten und sonstigen Goldsachen angeeignet. Bei einer Haussuchung wurden Beutestücke vorgefunden. Das Gericht verurteilte den in vollem Umfange geständigen Kolbe zu 1 Jahr Gefängnis, Brecht zu 2 Jahren 6 Monaten und die Brüder Luckfiel zu je 6 Monaten Gefängnis.

Jugendveranstaltungen.

Treptow-Baumschulenweg. Freitag, 4. Juli, von 7—9½ Uhr: 1. Heine-Abend im Jugendheim, Eisenstraße 3, hochparterre (Borschule). — Jeden Dienstag und Donnerstag: Spielen mit Abt. Südost auf Wiese 6 beim Denkmal (am Gr. Sportplatz).

Verantwortlich für Politik Artur Zickler, Charlottenburg, für den übrigen Teil des Blattes Alfred Scholz, Neukölln, für Anzeigen Theodor Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstraße 3.

Hierzu 1 Beilage.

Leipziger Str. Königstraße Moritzplatz Rosenthaler Str.

A. WERTHEIM

G. B. M. H.

Versand-Abteilung Berlin W 66 Leipziger Str.

Preiswerte Waschstoffe und Seide

Schleierstoff eingewebte schöne Streifen 8.50

Imit. Leinen für Kostüme u. Kleider, in schönen hellen Farben ca. 80 cm breit 17.25

Voll-Voile weiß, glatt in guter Qualität ca. 115 cm breit 22.50

Voile Ninon in verschiedenen Farben 14.50

Chinakrepp schwarz, für Blusen ca. 100 cm breit 33.00

Schwarz Taffet für Röcke und Kleider ca. 90 cm breit 45.00